

# Mit Achtung und Klugheit

Zu: „Plädoyer für eine praktische Vernunft“, FR-Feuilleton vom 27. November

„Es lebe die praktische Vernunft!“ So beendet Ernst Bloch seine Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1967. Dies wünsche ich mir auch als Leitmotiv in der bisher eng und stupide geführten Debatte um die Impfpflicht im Falle Covid 19.

Mit ihrem Plädoyer für praktische Vernunft leistet Olivia Mitscherlich-Schönherr einen beachtenswerten Beitrag, um mit „politischer Klugheit“ die „theoretische Rationalität der empirischen Wissenschaften“ im Diskurs um die Impfpflicht fruchtbar zu machen. Ihrem Plädoyer gegen ein lineares Umsetzen einäugig wahrgenommener empirischer Ergebnisse und für politische Klugheit mit „genuin praktischem, situationsbezogenem Gebrauch von Vernunft“ kann ich viel abgewinnen. Deutlich mehr jedenfalls als solchen verengten, brandgefährlichen Zuschreibungen wie der, dass es eine Pandemie der Ungeimpften gäbe. Dieser letztlich faschistoiden Sündenbockmasche hat nicht zuletzt der durchweg anerkannte Virologe Christian Drosten trocken widersprochen, indem er lapidar korrigierte, wir hätten ganz klar eine Pandemie. Dieser Einschätzung ist auch deswegen zuzustimmen, weil die pandemische Entwicklung maßgeblich vom Verhalten der Menschen abhängt. Trägt doch ein vorsichtiger Nichtgeimpfter weniger zur Verbreitung der Pande-

mie bei als ein unvorsichtiger Durchgeimpfter.

Deswegen macht Mitscherlich-Schönherr darauf aufmerksam, dass es neben dem Impfen erhebliche weitere Handlungsmöglichkeiten gibt, die alle klug zu bedenken seien. Besonders wichtig ist ihr Hinweis, dass eine kluge Krisenpolitik nicht in Hinterzimmern ausgetragen werden könne, sondern nur miteinander in der Öffentlichkeit. Ein solcher Prozess kann dann eher zu einer komplexen Abwägung aller mit den jeweiligen Maßnahmen der Pandemieabwehr verbundenen Folgen führen, sowie vermeintliche, empirisch gesetzte Alternativlosigkeit überwinden. Vor allem aber kann dies einer Vergiftung des Diskurses, unbegründeten Schuldzuweisungen und gar dem Durchwinken eines letztlich hochproblematischen, gar kontraproduktiven Impfwanges vorbeugen.

Ja, es ist schwierig, angesichts der Pandemie nicht in panisch gepepitem Aktionismus mit linear-verkürztem Denken stecken zu bleiben. Deshalb empfinde ich es als äußerst problematisch, wenn nicht nur Politiker:innen der Impfpflicht so brutal das Wort reden, sondern auch sonst bis hin zum Ethikrat der Politik solche Statements vorgesagt bzw. diesen beigeplichtet wird. Es lebe also, gerade auch angesichts dieser Pandemie, die dialektisch-praktische Vernunft.  
Gerd K. Schneider, Seeheim-Jugenheim



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

# Vielen droht die Altersarmut

Zu: „Teure Wohnungen, teure Heime“, FR-Region vom 19. November

Kann man den letzten Abschnitt im Leben in Würde und gesellschaftlicher Teilhabe vielleicht sogar genießen, wie vom Grundgesetz versprochen? Fast 20 Prozent der älteren Menschen - mehr Frauen darunter als Männer - können es nicht. Jeder fünfte lebt bereits in der Armut, jeder vierte ist von ihr bedroht. Zur Verdeutlichung zwei Beispiele aus dem Freundeskreis.

Die eine ist Sozialarbeiterin, seit Beendigung ihres Studiums beschäftigt in der Psychiatrie eines Krankenhauses. Der Rentenberater von Verdi hat ihre spätere Rente (gesetzliche plus betriebliche) berechnet: 1300 Euro. Zieht man die Warmmiete davon ab, bleiben rund 600 Euro übrig für ein „Leben in Würde“. Die andere hatte das Glück, auch nach dem Fall der Mauer in ihrem Beruf als Dekorateurin im Westen rentenversichert beschäftigt zu bleiben und erhält nun eine Altersrente von 1100 Euro. Beide werden wie Bittsteller eine geringe Aufstockung durch die sogenannte Grundrente beantragen müssen. Für die Heerschar von Niedriglöhnern, ALG2-Bezieherinnen und nur kurzfristig Beschäftigten von heute wird es noch schlimmer kommen. Nach den häufig geänderten Rentenreformgesetzen - Koppelung der Rente an den Nettolohn (vormals Bruttolohn), Anwendung des demographischen Faktors („Nachhaltigkeitsfaktor“), Erhöhung der Regelalterszeit auf jetzt 67 Jahre - sind die Renten

sukzessive abgesunken auf nunmehr nur noch 47 Prozent.

Die Veränderungen der Berechnungsformel waren nichts anderes als Rentenkürzungen. Der Misere nicht genug: Da im Durchschnitt die Lebenszeit von unteren Einkommenschichten etwa zehn Jahre unter der Lebenserwartung der wohlhabenderen Schichten liegt, die ärmeren also zehn Jahre kürzer Leistungen beziehen, bezahlen sie mit ihren Beiträgen auch die reicheren mit. Die kleinste Partei in der Ampelkoalition, die FDP, hat sich mit dem Vorschlag durchgesetzt, die gesetzliche, umlagebasierte Rente zu kürzen in der Relation und die Beiträge zum Teil am Kapitalmarkt anzulegen. Diesen Rentenanteil also zum Spekulationsobjekt zu machen. Mit allen Schwankungen und Risiken, denken wir an den Börsencrash von 2008. Eine Idee aus den USA, schon mal schiefgegangen. Alle Sozialverbände kritisieren solche Auslieferung der Renten an die Aktienmärkte aufs schärfste. Wieder ein Punkt für die Klientelpartei FDP, wenn SPD und Grüne nicht noch abschnellen.

Derweil sitzen Senior\*innen von der Sonnenseite des Lebens im Flieger nach Dubai und Katar, um in der Eishalle Wintersport zu treiben oder am Strand zu chillen. Nicht alle freilich, man hat auch einige Ältere auf den Podien der Klimakonferenz in Glasgow gesehen. Immerhin.  
Jörg Sternberg, Hanau

## Das Wetter: Teilweise Regen oder Schnee

